

Anpassung jetzt!

Es ist Zeit für eine ausgewogene und gerechte Klimapolitik

von Steffen Bauer und Idil Boran,
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)



Die aktuelle Kolumne

vom 07.03.2022

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute



Überschattet vom Krieg in der Ukraine hat der „Weltklimarat“ IPCC in der vergangenen Woche den neuesten Teil seines Sechsten Sachstandsberichts (AR6) veröffentlicht. Dieser kommt zu einem kritischen Zeitpunkt. Ungeachtet wesentlicher Entscheidungen zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens wurde die jüngste UN-Klimakonferenz COP26 wegen mangelnder Fortschritte in Anpassungsfragen und bezüglich des Umgangs mit klimabedingten Verlusten und Schäden kritisiert. Insbesondere die Entwicklungsländer erwarten von der COP27, die im November in Sharm El-Sheikh, Ägypten, zusammentritt, diese Mängel zu beheben. Das globale Anpassungsziel, die Anpassungsfinanzierung und Verluste und Schäden werden oben auf der Agenda stehen. Tatsächlich wurde das „Glasgow-to-Sharm El-Sheikh work programme“ genau deshalb vereinbart, um entsprechende Fortschritte zu beschleunigen.

Der Beitrag der IPCC-Arbeitsgruppe II bewertet die Auswirkungen des Klimawandels, die Anpassungsoptionen und die Vulnerabilität natürlicher und sozioökonomischer Systeme gegenüber den Folgen des Klimawandels. Der Bericht baut auf den Erkenntnissen der Arbeitsgruppe I auf und bekräftigt, dass Klimaauswirkungen in allen Regionen der Welt spürbar sind und die sozialen und natürlichen Systeme schneller und stärker von den Klimafolgen beeinträchtigt werden als bisher angenommen. Damit stellt er die stillschweigende Annahme in Frage, dass die Auswirkungen des Klimawandels primär klimavulnerable Entwicklungsländer betreffen. Er fokussiert zudem stärker als in früheren Berichten auf die Bedeutung von Natur und Ökosystemen und betont nicht zuletzt Fairness und Gerechtigkeit als wesentliche Voraussetzungen für eine klimaresiliente Entwicklung. Die Analyse kommt zur rechten Zeit: nicht nur, weil sie den neuesten Stand der Wissenschaft zusammenfasst, sondern auch, weil sie überzeugende Optionen für dringende, realisierbare und gerechte Anpassungsmaßnahmen aufzeigt.

„Anpassung und klimabedingte Verluste und Schäden dürfen gegenüber den Maßnahmen zur Minderung des Klimawandels nicht länger zurückgestellt werden. Vielmehr sind Anpassungslösungen als eigenständige strategische Prioritäten anzuerkennen.“

Drei Erkenntnisse sind besonders bemerkenswert:

Erstens legt der Bericht einen starken Fokus auf Systeme und Systemwandel. Diese systemische Perspektive wird auf die Beziehungen zwischen Mensch und Natur in Städten, Landwirtschaft, Landnutzung, Meeresökosystemen und anderen sozial-ökologischen Systemen angewendet, wie es die Exekutivdirektorin des UN-Umweltprogramms, Inger Andersen, bei der Veröffentlichung des Berichts betonte. So zeigt die Analyse Optionen für

systemische Antworten auf multiple Krisen auf, wie z. B. die sich gegenseitig verstärkenden Gesundheitsrisiken durch lokale Erwärmung, Wasserknappheit und Infektionskrankheiten.

Zweitens rücken die Ergebnisse die Gerechtigkeitsdimension des Klimawandels in den Vordergrund. Dementsprechend müssen Minderung und Anpassung mit gleicher Dringlichkeit vorangetrieben werden. Beide sind für „just transitions“ – gerechten Wandel – unerlässlich. Während jedes zehntel Grad vermiedener globaler Erwärmung die Klimafolgen mildert, ist eine präventive Anpassung wirksamer, machbarer, gerechter und kostengünstiger als die spätere Bewältigung von Verlusten und Schäden. Um wirksam und nachhaltig zu sein, müssen Anpassungslösungen zudem indigenes und lokales Wissen einbeziehen und die Mitsprache von Frauen stärken.

Drittens warnt der Bericht vor Fehlanpassungen („maladaptation“), die sich gleichsam unbeabsichtigt aus klimapolitischen Maßnahmen ergeben können. Die negativen Auswirkungen solcher „Verschlimmbesserungen“, für die es immer mehr empirische Belege gibt, können durch ein „falsches Gefühl der Sicherheit“ noch verstärkt werden, wie die Ko-Vorsitzende der Arbeitsgruppe II, Debra Roberts, hervorhob. So können etwa gesundheitliche und soziale Risiken, wie sie aus städtischen Hitzeinseln erwachsen, durch schlecht konzipierte Infrastrukturmaßnahmen noch verstärkt werden. Fehlanpassungen zu erkennen hilft zugleich, die Grenzen von Anpassung zu verstehen. Unwirksame Anpassungsmaßnahmen verschieben diese Grenzen und führen letztlich zu Verlusten und Schäden. Schätzungen zufolge drohen den Entwicklungsländern bis zum Jahr 2030 jährliche Verluste in Höhe von 300 Milliarden Dollar durch Anpassungskosten. Kleine Inseln und dicht besiedelte Küstenstädte sind mit am stärksten betroffen.

Kurz gesagt ist dies der bisher nachdrücklichste Bericht der Arbeitsgruppe II. Zugleich zeigt er, dass das Schlimmste noch verhindert werden kann. Dazu sind dringende Maßnahmen erforderlich, die insbesondere einer angemessenen Klimafinanzierung und wachsender Investitionen in Anpassungslösungen bedürfen.

Anpassung und klimabedingte Verluste und Schäden dürfen gegenüber den Maßnahmen zur Minderung des Klimawandels nicht länger zurückgestellt werden. Vielmehr sind Anpassungslösungen als eigenständige strategische Prioritäten anzuerkennen. Dies ist auch geboten, um den Prozess der multilateralen Klimagovernance insgesamt auf Kurs zu halten: kommen die legitimen Anliegen der Entwicklungsländer zu kurz, werden sich diese dem Pariser Abkommen auf Dauer weniger verpflichtet fühlen. Dies würde die internationale Klimazusammenarbeit sowohl bei der Minderung als auch bei der Anpassung schwächen. Die Ziele des Pariser Abkommens sind jedoch ohne starke Zusammenarbeit nicht zu erreichen. Ungeachtet der geopolitischen Turbulenzen bietet die COP27 eine herausragende Gelegenheit, die Weichen für eine ausgewogenere und gerechtere globale Klimapolitik zu stellen. Sie sollte nicht vertan werden.